

**Auszug aus der Niederschrift
über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung
am 16.02.2017**

Zu TOP : 3.1

Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität -Stralsund steigt um"

Vorlage: B 0071/2016

Herr Bogusch erläutert zusammenfassend die wesentlichen Inhalte des Klimaschutzteilkonzepts „Klimafreundliche Mobilität – Stralsund steigt um“.

Es wurden Radwegeverbindungen im Straßennetz sowie Fernwege begutachtet und erarbeitet. Durch die geplanten Maßnahmen ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von 5,4 Mio. Euro, wovon 1,8 Mio. Euro auf das Abwasserbeseitigungskonzept entfallen. Mit Blick auf den Fußgängerverkehr wurden allgemeine Grundsätze und die Erreichbarkeit der Altstadt aufgegriffen. Die Förderung von Fahrgemeinschaften, die Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs sowie die Vernetzung von Verkehrsmitteln finden zusätzlich Beachtung.

Herr Lastovka regt an, dass der Ausschuss die Einzelmaßnahmen bespricht.

Herr Suhr spricht sich für eine allgemeine Besprechung zu Beginn und eine Diskussion der Einzelmaßnahmen im Anschluss aus.

Herr Meißner schließt sich dem Vorschlag von Herrn Suhr an und erkundigt sich nach der Reichweite der heutigen Beschlüsse und der Möglichkeit, anschließend noch Änderungen vornehmen zu können.

Herr Bogusch verdeutlicht am Beispiel von Fahrradschutzstreifen auf der Feldstraße, wie sich der weitere Werdegang inklusive der Antragstellung von Förderanträgen gestalten wird.

Herr Haack gibt bekannt, dass er nicht jeder einzelnen Maßnahme zustimmen kann und somit auch einer abschließenden Abstimmung über alle Maßnahmen im Paket kritisch gegenübersteht.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den üblichen Vorgang der Abstimmung zwischen Konzeptarbeit der Verwaltung und der Genehmigung durch die Bürgerschaft.

Herr van Slooten spricht von einer Entwicklung der Willensbildung, die auch weiterhin auf die Planung Einfluss haben wird.

Herr Suhr informiert sich bezüglich der Maßnahmenabstimmung.

Herr Bogusch unterstreicht, dass mit dem vorliegenden Maßnahmenkatalog keine allgemeinverbindlichen Pläne oder Baumaßnahmen eingeleitet werden. Konkrete Pläne der Maßnahmenumsetzungen sollen in einem zweiten Schritt als Vorschlag dem Ausschuss vorgestellt werden.

Für Herrn Prof. Dr. Eilsberger stellt das Radverbindungszielnetz generell einen wichtigen Ausgangspunkt dar.

Herr van Slooten gibt zu bedenken, dass eine inhaltliche Diskussion zu den Einzelmaßnahmen vor einer Erarbeitung durch die Verwaltung in seinen Augen wenig sinnvoll sei. Eine in regelmäßigen Abständen erfolgende Unterredung zum Fortschritt der

Einzelmaßnahmen innerhalb des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sei zielführend.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass lediglich fünf Maßnahmen aus dem gesamten Konzept in naher Zukunft umzusetzen sind. Die Besprechung dieser fünf Maßnahmen stehe somit an erster Stelle. Zu einem späteren Zeitpunkt könne über die weiteren Maßnahmen beraten werden.

Herr Suhr erkundigt sich, ob die geplanten Aufwendungen in der Beschlussvorlage von 5 Mio. Euro lediglich für den Radverkehr oder für die Gesamtmaßnahme veranschlagt werden. Das Konzept würde sich in seiner jetzigen Ausarbeitung dem Klimaschutz unterordnen und nicht wie im Vorfeld besprochen für den Ausbau der Radwege stehen. Es sei zu klären, welche Maßnahmen mit Blick auf die CO²-Reduzierung erfolgversprechend seien. Das jetzige Konzept der CO²-Erfassung in Zusammenarbeit mit der Hochschule sei nicht zielführend. Nach der Auffassung von Herrn Suhr würde die Zusammenarbeit mit der TU Dresden eine objektivere Erfassung ermöglichen. Herr Suhr möchte daher wissen, ob die Stadtverwaltung diesen Schritt geprüft hat und welche Kosten durch eine Zusammenarbeit mit der TU Dresden entstehen würden. Weiterhin stehe die Frage im Raum, ob die Verwaltung einen Beauftragten ernennt, der im Abstand von einem Jahr dem Ausschuss Bericht erstattet.

Am Beispiel der Hainholzstraße erläutert Herr Bogusch, dass es sich bei den Planungsgeldern nicht nur um die anteiligen Mittel für den Radverkehr handele. Für die Umsetzung einer Gesamtmaßnahme sei eine Kalkulation mit dem Gesamtbetrag zwingend erforderlich. Insofern beziehen sich die veranschlagten Mittel auf alle Maßnahmen, die im Konzept enthalten sind.

Frau Wilcke erläutert das derzeitige Verfahren zur CO²-Erfassung der Hansestadt Stralsund und die damit verbundenen Potentiale der Einsparung.

Herr Bogusch erläutert den Ablauf der Datenerhebung innerhalb der Hansestadt Stralsund. Eine Beauftragung der TU Dresden wäre alle fünf Jahre mit 30.000 Euro zu veranschlagen und müsste ohne Fördermöglichkeiten vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Bezüglich der Personaldecke sei von Seiten der Verwaltung keine neue Stelle geplant, womit eine Kontrolle der Ergebnisse durch die derzeitige Personaldecke zu gewährleisten ist.

Herr Lastovka mahnt einen Fortschritt in der Debatte um das vorliegende Konzept an.

Herr Meißner befürwortet das Vorgehen der Verwaltung ohne die Kooperation der Hansestadt Stralsund mit der Hochschule und die damit verbundene Form der CO²-Bilanzierung. Mit Blick auf die Verbesserung des Radverkehrs sei die Höhe der CO²-Einsparung zudem zweitrangig.

Frau von Allwörden erkundigt sich nach der Maßnahmenverbesserung der Radabstellbedingungen. Laut Konzept sollen 21 neue Fahrradbügel installiert werden, wobei dies zum Teil durch die Umrüstung von PKW-Stellplätzen realisiert werden soll. Dies sei mit Blick auf die Parksituation in der Altstadt nicht tragbar, so Frau von Allwörden.

Der Ausschussvorsitzende hält fest, dass sich nunmehr über die fünf zu besprechenden Maßnahmen Klärung verschafft werden soll.

Herr Bogusch gibt an, dass auf einem PKW-Stellplatz vier Fahrradbügel und somit acht Fahrräder Platz finden. Die Möglichkeiten einer entsprechenden Flächennutzung seien jedoch sehr beschränkt.

Frau von Allwörden unterstreicht die ständige Reduzierung von Parkflächen und die Verantwortung gegenüber den Einwohnern der Altstadt.

Herr Suhr betont mit Blick auf die globale und nationale Relevanz rund um das Thema Klimaschutz die Notwendigkeit des vorliegenden Klimaschutzteilkonzeptes. Es gehe in der Orientierung um einen Umstieg und nicht um einen Erhalt des Status quo.

Herr van Slooten schließt sich der Argumentation von Herrn Suhr an.

Eine überdachte Regulierung der Parkraumbewirtschaftung für die Anwohner könnte nach Auffassung von Herrn Haack eine mögliche Konsenslösung darstellen.

Frau von Allwörden regt an, dass nicht die Anwohnerparkplätze entfallen, sondern dass in der Streichung von Parkplätzen reguläre gebührenpflichtige Besucherparkplätze für den Zweck der Radabstellung herangezogen werden sollten.

Herr Bogusch verweist auf den von der Bürgerschaft beschlossenen „Managementplan Altstadt“, wonach für die Besucher der Altstadt Parkhäuser in entsprechender Größenordnung gebaut, das Park und Ride Konzept erarbeitet und auch die Reservierung von Parkplätzen für die Anwohner in der Altstadt beschlossen wurde. Die Umwandlung von bewirtschafteten Parkplätzen in Anwohnerparkplätze werde zudem auch weiterhin vorangetrieben.

Herr Haack formuliert die Zustimmungsbereitschaft zum Klimaschutzteilkonzept „Klimafreundliche Mobilität – Stralsund steigt um“ durch die Fraktion Bürger für Stralsund. Probleme würden sich jedoch nach wie vor mit Blick auf den Fahrradweg in der Karl-Marx-Straße sowie durch das große Park und Ride Konzept ergeben.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es keine Beschlüsse zu den Einzelmaßnahmen geben wird.

Herr Bogusch gibt zu bedenken, dass er in der Konzepterarbeitung auf die Empfehlung der Beschlussvorlage durch den Ausschuss angewiesen ist.

Herr Suhr gibt bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Beschlussvorlage zustimmen und hierzu gleichsam in der Bürgerschaftssitzung Änderungsanträge als Empfehlung für die Verwaltung einreichen wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es zur Maßnahme Radabstellbedingungen keinen weiteren Redebedarf gibt.

Herr Bogusch erläutert die Pläne zum Ausbau des Grünhofer Bogens und bittet den Ausschuss, der geplanten Zielsetzung zuzustimmen.

Herr Lastovka begrüßt die Maßnahme.

Herr Meißner erkundigt sich, ob bei dem geplanten Ausbau des Grünhofer Bogens die Barther Straße ebenfalls betroffen ist.

Herr Bogusch verweist darauf, dass es sich bei der vorgestellten Maßnahme lediglich um den kleinen Abschnitt vom Ende des Birkenweg/Beginn Heinrich-Heine-Straße bis zur Einfahrt des Strelaparks handelt.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es zur Maßnahme Grünhofer Bogen keinen weiteren Redebedarf gibt.

Herr Bogusch erläutert die Maßnahme Küterdamm.

Herr Suhr hinterfragt den Abschnitt Richtung Martinsgarten, ob dieser von der Maßnahme erfasst werde.

Herr Bogusch verneint dies.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es zur Maßnahme Küterdamm keinen weiteren Redebedarf gibt.

Herr Bogusch verweist mit Blick auf die Maßnahme Knieperwall, auf die bereits detailreich ausgeführte Darstellung in der Ausschusssitzung vom 12.01.2017.

Herr Suhr möchte wissen, ob der Querschnitt von 7,40 Metern die technische Möglichkeit einer doppelten Radstreifenführung hergibt.

Herr Bogusch informiert, dass formal die Möglichkeit bestünde. Der Bereich der ausschließlich für KfZ in der Mitte vorgesehen wäre würde sich jedoch somit auf 4,50 Meter reduzieren, was wiederum auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens sehr bedenklich sei.

Herr Nachtwey äußert sein Unverständnis darüber, dass nicht mit Beginn der Straßenplanung in der Breite zwei Fahrradstreifen berücksichtigt wurden.

Bezüglich der vergangenen Planungen verweist Herr Bogusch auf den Status der Altstadt als Weltkulturerbe mit ihrer Stadtmauer und die gegebene Begrenzung durch den Knieperteich.

Herr Meißner spricht sich für ein sicheres und homogenes Konzept aus.

Herr Suhr befürwortet für Führung von Schutzstreifen auf beiden Seiten der Straße.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es zur Maßnahme Knieperwall keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Herr Bogusch erläutert die Maßnahme Karl-Marx-Straße inhaltlich.

Herr Lastovka erkundigt sich nach der Möglichkeit, den Radweg zwischen den Stellplätzen und dem Gehweg entlangzuführen.

Grundsätzlich wäre eine solche Anordnung möglich, jedoch wären die Platzverhältnisse mit den aufzubringenden Schutzstreifen zu beschränkt, so Herr Bogusch.

Herr Suhr weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in dieser Angelegenheit einen Änderungsantrag bezüglich einer durchgängigen Führung des Schutzstreifens einbringen wird.

Herr Lastovka merkt an, dass mit einer Umwandlung der Senkrechtstellplätze in Parallelstellplätze gleichermaßen genug Platz für beidseitige Schutzstreifen wäre.

Herr Bogusch stimmt dem zu, weist jedoch darauf hin, dass durch einen solchen Schritt ca. die Hälfte aller Stellplätze verloren gehen würde.

Herr Lastovka erfragt erneut die Möglichkeit der Führung des Radweges zwischen den Stellplätzen und dem Gehweg.

Mit dieser Variante wäre lediglich eine einseitige Radwegführung möglich, so Herr Bogusch.

Frau Wilcke erläutert den Unterschied zwischen Schutzstreifen und Radfahrstreifen.

Herr Gottschling spricht sich dafür aus, das Konzept im Sinne der Radfahrer mitzutragen. Wenn es zu einer Grunderneuerung der Straße komme, müsse jedoch ein Konsens mit anderen Lösungen gefunden werden.

Herr Meißner spricht sich erneut für ein einheitlich durchgängiges System mit Radfahrstreifen aus und erkundigt sich nach dem Leitsystem Richtung Weidendamm.

Herr Bogusch erläutert das Leitsystem Richtung Weidendamm.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es zur Maßnahme Karl-Marx-Straße keinen weiteren Redebedarf gibt.

Herr Bogusch gibt einen kurzen Überblick zur Maßnahme Carl-Heydemann-Ring.

Herr Lastovka gibt zu bedenken, dass im Bereich Damaschkeweg auf Höhe der Verkehrsinsel am Lidl eine besondere Engstelle entstehen würde, die ein hohes Sicherheitsrisiko für die Radfahrer bergen könnte.

Herr Bogusch erklärt, dass auf Grund der gegebenen Verhältnisse mit der Verkehrsinsel eine Unterbrechung des Schutzstreifens nicht zu verhindern ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es zur Maßnahme Carl-Heydemann-Ring keine weiteren Wortmeldungen gibt. Die Vorlage des Klimaschutzteilkonzepts „Klimafreundliche Mobilität – Stralsund steigt um“ wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0071/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 21.02.2017